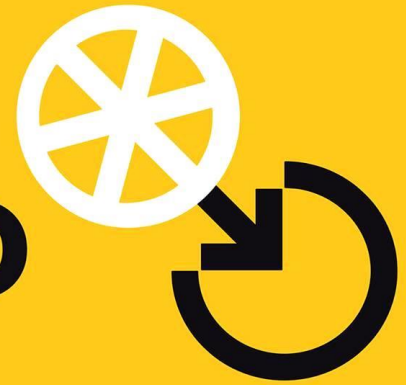


www.klimaentscheid-mainz.de

MAINZZero



PresseSpiegel

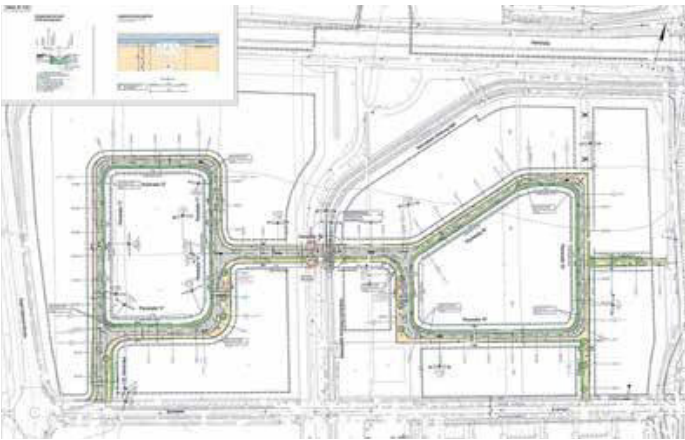
DEZEMBER 2022



Lukas Gehrlach

Bagger für Biotech

WÄHREND DIE STADT BEIM BIOTECH-AUSBAU
TATSACHEN SCHAFFT, PROTESTIEREN
UMWELTGRUPPEN



Straßenplan für einen Teil des Gebietes

Die Bagger rollen schon im B158 Hochschülerweiterungsgelände zwischen Hochschule Mainz und Saarstraße. Auf rund 18 Hektar soll ein Biotechcampus entstehen, der Platz für Forschung und Lehre bietet. Auch weitere Akteure wie Gemüinden Bau sind mit von der Partie, direkt an der Saarstraße, so dass das geplante Biotech-Areal weit umfangreicher ausfallen wird.

Die Stadt Mainz hat nun mit der baulichen Erschließung begonnen. Straßen sind bereits gekennzeichnet mit einer Gesamtlänge

von über 1.000 Metern. Insgesamt wird mit der Tiefbaumaßnahme ein Baugebiet von ca. 120.000 qm erschlossen. Begleitet wird dies von der Landesarchäologie der Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE), da vorab durchgeführte Prospektionen im westlichen Baugebiet römische Überreste vermuten lassen. „In Mainz wundern wir uns nicht mehr über römische Funde, im Gegenteil, wir sind immer, wenn gegraben wird, voll darauf eingestellt, auf Spuren unserer Vorfahren zu treffen“, so Bürgermeister Günter Beck (Grü-

Christoph Rosenkranz, Michael Paulus und Günter Beck stellen die Pläne für das Hochschülerweiterungsgelände an der Eugen-Salomon-Straße vor

ne). Und weiter: „Gemeinsam mit dem Land und privaten Investoren entwickeln wir hier einen Campus mit internationaler Strahlkraft. Die Entwicklung von Flächen, Gebäuden und Infrastruktur für das Wachstum von Unternehmen aus Biotechnologie und Life Science ist essenziell, um etablierten Unternehmen am Standort, aber auch Startups von heute und morgen die Möglichkeit zu bieten, ihre volle Innovationskraft zu entfalten und die Translation von bahnbrechender Forschung in Produkte zu ermöglichen.“ Auch das von Stadt und Land gemeinsam getragene TZM wird auf dem sich nun in der Erschließung befindlichen Gebiet sein neues Zuhause finden.

Protest von Umweltgruppen

Währenddessen gibt es Protest mehrerer Umwelt- und Nachhaltigkeitsgruppen mit der Bitte, die klimaökologischen Belange für die Stadt zu berücksichtigen. Es könne nicht sein, dass Mainz eine Resolution zum Klimanotstand verabschiedet und dann Flächen im großen Stil versiegelt, Frischluftschneisen zubaut, fruchtbaren Acker verodet und den Artenschutz gefährdet, so

die Initiative. Die Gruppe moniert, dass in Eile Tatsachen geschaffen werden - es regt sich Widerstand. Sieben Mainzer Umwelt- und Klimaschutz-Initiativen sind es und sie fordern in einem ersten Schritt, die für die Stadtratssitzung am 30. November geplante Entscheidung zur Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für die Gestaltung des Areals zu vertagen, mindestens bis ein neuer Oberbürgermeister gefunden ist. Im Stadtparlament indes gibt es eine breite Mehrheit, die die Stadt auf ihrem Weg, Biotech-Standort von internationaler Bedeutung zu werden, unterstützt.

Versiegelung soll Innenstadt erhitzen

Die Ackerflächen sind von hoher Bedeutung für die Frischluftzufuhr für die Innenstadt, so Marcel Weloe vom Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). In diesem Gebiet „wird sowohl Kaltluft gebildet als auch Kaltluft aus Draies und Finthen den Hang herunterfließend weitergeleitet“, sagte der Chemiker. Die von der Stadt in Auftrag gegebene Klimaprax-Studie habe gezeigt, wie wichtig gerade dieses Gebiet für die Frischluftversorgung der ohnehin im Sommer bereits stark von der Hitze betroffenen Bewohner der Neu- und der Altstadt sei. „17 Prozent der Kaltluft für die Innenstadt kommen aus diesem Gebiet.“ Eine Versiegelung würde zu einer weiteren Erhitzung der Stadt führen.

Gerhard Weitmann hob die Bedeutung dieses 50 Hektar großen Areals, von dem 30 Hektar bebaut werden sollen, als Lebensraum für die Tierwelt hervor. Hier sei eine der letzten Flächen in Rheinland-Pfalz, in der der unter Schutz stehende Feldhamster noch in größerer Zahl vorkomme. Laut der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU sei der Schutz dieses Lebensraums unerlässlich.

Der Gonsenheimer Landwirt Alfred Zimmer fordert, dass für das bebaute Areal Ausgleichsflächen an anderer Stelle geschaffen werden sollten: „Unsere Erde ist nicht unendlich.“ Das Gelände diene der Naherholung, sei sehr gepflegt bewirtschaftet, die Bodenqualität sei gut. Viele Landwirte seien nicht bereit, auf ihre Ackerflächen zu verzichten. Zimmer schätzt, dass es nur für etwa ein Drittel der Gesamtfläche eine Verkaufsbereitschaft der Grundstückseigentümern gebe.

Hans-Georg Frischkorn von der Klimaschutz-Initiative „Mainz Zero“ schlägt in die gleiche Kerbe: „Wachstum um jeden Preis ist nicht mehr vertretbar.“ Die Neuansiedlung von Büroflächen auf bisher landwirtschaftlichen Flächen sei eine Vorstellung „aus dem letzten Jahrtausend“. Statt eines Biotech-Campus setzt Frischkorn auf „dezentrale Lösungen unter Nutzung von Konversionsflächen.“

Wo solche Flächen in Mainz sein könnten, bleibt noch offen. Genannt wird des Öfteren das „Nestle-Gebiet“ im Mombacher Industriegebiet, Flächen an der Messe im Wirtschaftspark Hechtsheim oder sogar das Gelände der Uni Mainz. Matthias Gill, Ex-Ortsvorsteher von Ebersheim, betonte, die Stadt habe bereits Ende der 80er Jahre als erste deutsche Kommune einen Klimaökologischen Begleitplan zum Flächennutzungsplan erstellt. Davon sei in den Folgejahrzehnten immer wieder abgewichen worden.

Die Gruppe fordert: Keine Verringerung der Kaltluftzufuhr durch Neuversiegelung, Ackerböden müssen erhalten bleiben, der Artenschutz vollumfänglich berücksichtigt werden sowie eine ergebnisoffene Betrachtung von Alternativstandorten erfolgen. Im Koalitionsvertrag der Ampelfraktion sei eine weitere Versiegelung ausgeschlossen. Die Mainzer Bürger müssen daher einbezogen werden.

Die Investoren halten dagegen: Baurecht sei bereits geschaffen, alles Notwendige untersucht wor-

den. Investor Tim Gemünden: „Auch für ein Gebiet wie einen freistehenden Acker ist es möglich, die Luftströme zu analysieren und daraus ein städtebauliches Konzept abzuleiten, das die Luftströme auf dem Gelände positiv beeinflusst. Eine wichtige Erkenntnis ist dabei auch, dass



Um diese Äcker zwischen Stadion und Saarstraße geht es

ein freistehender Acker nicht automatisch optimale Bedingungen für die Kaltluftentwicklung bzw. für den notwendigen Kaltlufttransport bietet. Aufgrund von mangelnder Verschattung erwärmt sich je nach Oberflächenbeschaffenheit auch ein freistehender Acker und verursacht eine gewisse Thermik, d.h. der Einfluss von Veränderungen muss im Einzelfall betrachtet und hinsichtlich seiner Wirkung beurteilt werden.“ Dazu Matthias Gill: „Es stimmt, dass sich auch Felder tagsüber aufheizen. Aber im Gegensatz zu Gebäuden fangen sie kurz nach

Ende der Sonnenbestrahlung an, Kaltluft zu „produzieren“. Boden und Bewuchs speichern die Hitze des Tages nicht sehr, und durch die Porosität und Verdunstung entsteht direkt Kaltluft, während Gebäude vergleichbar mit einer steinernen Oberfläche über Stunden die gespeicherte Wärme lang-

nungsempfehlungen nicht ohne weitere strömungsdynamische und thermische Negativwirkungen realisiert werden. Die vollständige Bebauung führt laut Studienlage offenbar zu einer Reduktion des Kaltluftentstehungsgebietes von zehn bis zwanzig Prozent. Aus klimaökologischer Sicht sollte die Be-

sam abgeben und somit gegen den Kaltluftstrom arbeiten.“

Kompromiss?

Die Frage ist also, ob ein Kompromiss aus Wirtschafts- und Naturschutzinteressen gefunden wird. Kann überhaupt ökologisch gebaut werden? Ein weiterer Eingriff in die Grünzäsur und die Landwirtschaftsflächen ist jedenfalls nur unter Berücksichtigung umfangreicher klimaökologischer und grünordnerischer Zielvorgaben realisierbar. Die angedachten Planungen können selbst bei Beachtung der klimaökologischen Pla-

einträchtigung 10 Prozent jedoch nicht überschreiten. Dies kann über Festsetzungen im Bebauungsplan verbindlich geregelt werden. Es wäre zu empfehlen, weitere Modellrechnungen hinsichtlich der zu erwartenden Beeinträchtigung der Kaltluftabflüsse zu überprüfen. Mindestens jedoch müsste die Kommunikation zwischen Stadt, Investoren, Bürgern und Umweltgruppen verbessert werden. Die Stadt will dies nun durch die Auslobung eines Ideenwettbewerbs für das Areal erreichen.

David Gutsche

SAUNA AM LENNEBERG
DIE GESUNDHEITSSAUNA

Winterspecial:

*Tageseintritt inkl. 25 Minuten
Aromaölmassage und Bademantel*

45,00€

Gutscheinversand auch per Post möglich

Finther Landstraße 24 · 55124 Mainz Gonsenheim · www.gesundheitssauna.de
Tel.: (06131) 47 87 70 · kontakt@gesundheitssauna.de

Mit Kindern über Krebs sprechen?
Wir informieren, beraten und begleiten vertrauensvoll & kostenfrei
Lise-Meitner-Str. 7, 55129 MZ-Hechtsheim, Tel: 06131 / 55 48 798

Flüsterpost e.V.
Unterstützung für Kinder
krebskranker Eltern
Kinderschutzpreisträger 2016

www.kinder-krebskranker-eltern.de

HELFEN SIE UNS, damit wir weiterhin für alle ratsuchenden Familien und deren Bezugspersonen da sein können!
Spendenkonto: MVB, IBAN DE29 5519 0000 0637 10
Herzlichen Dank für Ihre Solidarität und Unterstützung!

„Die Leute brauchen jetzt Hilfe“

Stadtspitze hat im Sommer wegen Energiekrise einen Nothilfefonds angekündigt – doch Geld fließt noch nicht

Von Paul Lassay

MAINZ. Als im Sommer das Ausmaß der Energiekrise deutlicher wurde, kündigte der damalige OB Michael Ebling einen Nothilfefonds an. Mit dem Geld sollte denjenigen unkompliziert geholfen werden, die durch die stark steigenden Strom- und Gasrechnungen in Schwierigkeiten geraten. Zur Umsetzung wollte die Verwaltung unter den Wohlfahrtsverbänden Partner suchen, die das Geld nach einer möglichst unbürokratischen Prüfung aus-

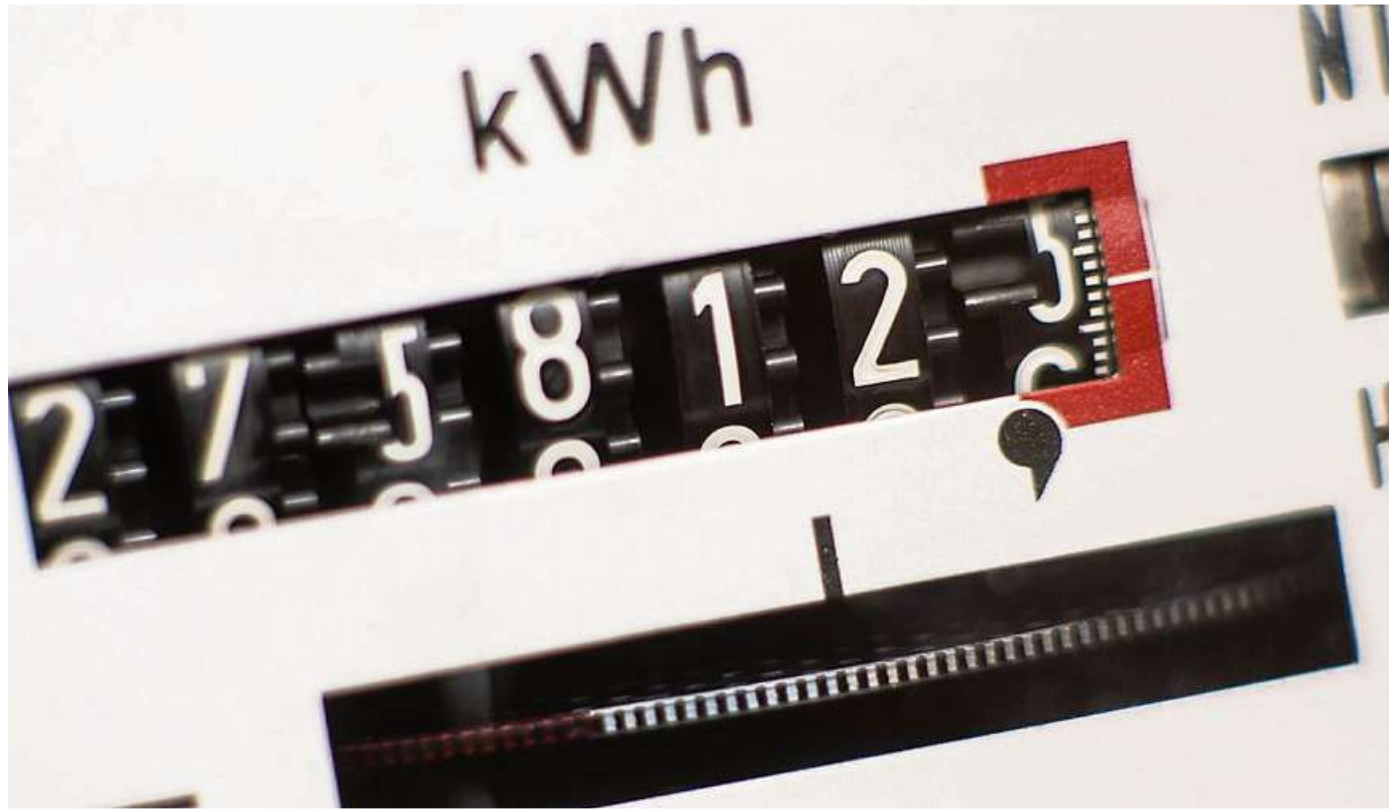
„

Es sollen nur die das Geld bekommen, die es auch brauchen.

Dr. Eckart Lensch,
Sozialdezernent

zahlen. Eine Million Euro sollte von den Stadtwerken hierzu bereitgestellt werden. Doch bislang ist noch kein Geld geflossen, wie auf eine Stadtratsanfrage der Linken hin deutlich wird – weshalb die Fraktion in der jüngsten Stadtratssitzung in einem Antrag die „schnellstmögliche“ Einrichtung des „Nothilfefonds“ forderte. Das Ziel solle es sein, Energiesperren unabhängig vom Energieversorger zu verhindern.

Seit Eblings Ankündigung seien 114 Tage vergangen, kritisiert der Linken-Fraktionschef Tupac Orellana in der Stadtratssitzung. In der langen Zeit, die verstrichen sei, seien die Preise immer weiter gestiegen, die Schlangen an den Tafeln würden immer länger. Und trotzdem könne die Stadt keinen Termin nennen, wann der Fonds Mittel auszahlen werde. Es gehe darum, dass diejeni-



Die Energiepreise steigen.

gen, die am stärksten betroffen seien, so schnell wie möglich Hilfe bekämen. Hierzu werde man den Antrag der CDU, der die Forderungen der Linken präzisiert, übernehmen. Für die Christdemokraten betont anschließend Karsten Lange, wie wichtig es sei, diejenigen zu unterstützen, denen „die Preise davongaloppiert sind“. Dies müsse schnell passieren, und nicht erst im April oder Mai, wenn die Haushaltsbegleitanträge abgearbeitet seien. „Die Leute brauchen jetzt Hilfe.“

Dass es wichtig sei, schnell zu helfen, sieht auch Ruth Jaensch



(Grüne) so. „Der Druck macht Menschen krank.“ Doch da enden die Gemeinsamkeiten mit Linken und CDU auch schon. Die entsprechenden Beschlüsse seien bereits gefasst, erklärte Jaensch, neben den Stadtwerken stelle auch die Stadt selbst im gerade beschlossenen Haushalt noch einmal zusätzlich eine Million Euro bereit. Der Antrag, der letztlich abgelehnt wird, sei deshalb erledigt. Ähnlich argumentieren Kerstin Bub für die FDP und Miriam Lauzi von der SPD, die aber anmerkt, dass es „Umsetzungsprobleme“ gebe. Sie sei aber überzeugt, dass alles getan werde, um den Fonds schnell umzusetzen, die Gespräche hierzu liefen.

Dies bestätigt anschließend

Dr. Eckart Lensch (SPD). Den Fonds zu organisieren sei kompliziert, betont der Sozialdezernent. Schließlich müsse sichergestellt werden, dass die Zahlungen niedrigschwellig durchgeführt würden und das Verfahren gleichzeitig rechtlich einwandfrei sei. „Es sollen schließlich nur die das Geld bekommen, die es brauchen“, so Lensch. Ein weiterer Grund dafür, dass noch keine Zahlungen geflossen seien, sei, dass nach der Verkündung von Ebling im Sommer auch vonseiten der Bundesregierung Pakete geschickt worden seien, wie die Gaspreisbremse und die Übernahme des Dezember-Anschlags, die teilweise an den gleichen Stellen griffen. Hier gebe es zudem noch häufig Ver-

änderungen. „Wir bekommen ununterbrochen neue Rundschreiben vom Bund“, berichtet der Dezernent. Zudem seien Menschen in der Grundsicherung und anderen Maßnahmen ohnehin „hervorragend abgesichert“.

Wo man allerdings bereits etwas tun könne, seien die Stromsperrungen, sagt Lensch. „Damit kann man praktisch umgehen, dafür haben wir einen Träger gefunden.“ Das notwendige Geld sei da und die Gespräche zur Umsetzung liefen. Dabei sei geplant, dass der Träger im Fall einer Stromsperrung das Geld direkt an den betreffenden Energie-Lieferanten überweise. „Wir können das Geld nicht an Privatpersonen zahlen“, so Lensch.

Foto: Sebastian Gollnow/dpa

Der Haushalt als Balanceakt

Stadtrat verabschiedet ersten Etat nach riesigen Biontech-Gewerbesteuereinnahmen

Von Paul Lassay

Um zu erkennen, wie sehr sich die Zeiten verändert haben, reicht es, wenige Jahre zurückzublicken: Ende 2019 stritten die Stadt und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) recht öffentlich über eine Tribüne, die in der Lerchenberger Sporthalle gebaut werden sollte – oder auch nicht. Dabei stand im Zentrum die Frage, ob Mainz für so ein Vorhaben Geld ausgeben darf. Ende 2022 sind die Vorzeichen gänzlich andere: Die Stadt schwimmt dank Biontech förmlich im Geld. Zum ersten Mal seit langer Zeit geht es bei den Haushaltsberatungen darum, Mittel zu verteilen, statt den Mangel zu verwalten. Eine Tribüne wäre da nur noch ein Punkt unter vielen.

Die Ansätze der Parteien sind unterschiedlich: Am einen Ende des Spektrums stehen die Linken, die auf den Entwurf der Verwaltung gerne noch einmal rund 150 Millionen Euro draufgepackt hätten. Zehn Millionen für die Schulsozialarbeit, 30 Millionen für ein 9-Euro-Ticket und 100 Millionen Euro für Grundstückskäufe. „Bei uns wird's Geld nicht schimmelig“, zitierte deren OB-Kandidat Martin Malcherek dazu Ernst Neger. Am anderen Ende bewegt sich die Ampel-Koalition mit ihrem Antrag, der rund 14 Millionen zusätzlich vorsieht, während die CDU etwas mehr als doppelt so viel Geld in die Hand nehmen will. Die richtige Balance zu finden zwischen wichtigen Investitionen und der gebotenen Zurückhaltung mit Blick auf die Zukunft, ist nicht einfach. Denn Mainz hat nun zum einen die Mittel, um entscheidende Invest-

itionen zu tätigen und bei zentralen Themen wie dem Klimaschutz, der Verkehrswende oder im sozialen Bereich wirklich Fortschritte zu machen. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten zur schnellen Umsetzung trotz der neuen Finanzpower eingeschränkt. Und, ganz wichtig: Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen werden über das gesamte Jahrzehnt kraftvolle Maßnahmen erfordern, weshalb man gut beraten ist, Rücklagen zu haben – für

MEINE WOCHE



VON
PAUL LASSAY

paul.lassay
@vrm.de

Zeiten, in denen die Einnahmen von Biontech vielleicht nicht mehr sprudeln.

Der Job von Finanzdezernent Günter Beck (Grüne) ist deshalb nicht einfacher geworden. Denn das Standard-Argument der vergangenen Jahrzehnte, dass kein Geld da ist, zieht nicht mehr. Stattdessen könnte die Versuchung bestehen, jegliche Konflikte einfach mit Geld zu verdecken. Und dann steht nach der OB-Wahl bald schon die nächste Kommunalwahl an, die die Ausgaben steigern könnte. „Erliegen Sie nicht der Versuchung, Wahlgeschenke zu verteilen“, mahnte Beck bei der Vorstellung des Haushalts. Daran werden sich die handelnden Personen auch in Zukunft messen lassen müssen.

KURZ NOTIERT

Musik in Kirche

MAINZ. Am Sonntag, 4. Dezember, findet in der Augustinerkirche, Augustinerstraße 34, ein musikalischer Gottesdienst statt. Ab 11 Uhr tritt das Ensemble für alte Musik „La Spagnoletta“ auf. Weitere Infos auf www.la-spagnoletta.de.

Chor „Mystic“

MOMBACH. Der Chor „Mystic“ feiert am Sonntag, 4. Dezember, mit einem Festgottesdienst und anschließender Feier im Gemeindehaus sein 30-jähriges Bestehen. In mehreren Gesangsbüchern präsentieren die Sängerinnen und Sänger ihr Repertoire aus den vergangenen 30 Jahren. Es werden unter anderem Lieder aus den Sparten Advent, Gospel und Popballaden vorgetragen.

Adventssingen

GONSENHEIM. In der Kirche Sankt Stephan musizieren am Sonntag, 4. Dezember, die Kinder der Freien Martinusschule ab 16 Uhr. Außerdem singt ein Lehrer-Eltern-Chor.

Prostatakrebs

MAINZ. Die Prostatakrebs-Selbsthilfegruppe lädt für Montag, 5. Dezember, 18 Uhr, zum Erfahrungsaustausch mit Betroffenen ein. Die Gruppe trifft sich im evangelischen Gemeindezentrum Hechtsheim, Lion-Feuchtwanger-Straße 14 bis 16. Weitere Informationen telefonisch unter 06131-593127 oder 06139-5484.



Strom sparen?

Seit sieben Jahren tritt Musiker Rick Cheyenne auf dem Winterzeitmarkt am Schillerplatz auf. In diesem Jahr sollte er ohne Verstärker spielen – so will es die Stadt, die damit auf dem Weihnachtsmarkt und den Winterzeitmärkten Strom sparen möchte. Cheyennes Auftritte müssen nun ausfallen, obwohl er mit seinem

solarbetriebenen Akku eigentlich gar keinen Mainzer Strom bräuchte, wie er sagt. Doch auftreten dürfen nur A-cappella-Gruppen oder rein instrumentale Musiker. Das sorgte nun für Unmut. Und führte zur Frage: Wie war das eigentlich am 11.11.? Wurde da Strom gespart? Karikatur: Klaus Wilinski

AUF EINEN BLICK

Pfarrhaus St. Georg noch nicht verkauft

BRETZENHEIM (agk). Die in der jüngsten Ortsbeiratsitzung von der SPD-Fraktion in die Diskussion zum Antrag „zeitnahe Sanierung Dantehaus“ eingebrachte Information, das alte Pfarrhaus von St. Georg sei bereits verkauft worden, ist falsch. Das teilte die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von St. Georg, Elisabeth Stauder, gegenüber dieser Zeitung mit. Bislang habe St. Georg le-

diglich darüber nachgedacht, ob die Gemeinde das alte Pfarrhaus verkaufen wolle. Erst in der jüngsten Mittwochssitzung habe man sich dazu entschieden. Stauder erklärte, es gebe bereits Anrufe verärgelter Bauherren, die sich aus dem Angebotsverfahren ausgeschlossen fühlten. „So weit sind wir aber ja noch gar nicht“, betont Stauder.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag geschrieben,

die katholische Pfarrei St. Georg habe das unmittelbar benachbarte Pfarrhaus an ein großes Bau- und Immobilienunternehmen veräußert. „Dies geschah im Rahmen einer Gesamtlösung zum Bau der neuen Kita St. Georg und von Eigentumswohnungen am Standort des ehemaligen ‚Haus St. Georg‘. Wir befürchten durch diese Entwicklung einen Veräußerungsdruck auf das Objekt Dantestaße 13.“

– Anzeige –



GDA-Zukunftstag

Mittwoch, den 7.12.2022, um 15:00 Uhr

Reservierung erforderlich

Entdecken Sie attraktive Möglichkeiten für Ihr Leben im Alter.

GDA Frankfurt am Zoo
60316 Frankfurt
Telefon: 069 40585 102

GDA Rind'sches Bürgerstift
61348 Bad Homburg
Telefon: 06172 891 593

GDA Hildastift am Kurpark
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 153 802

GDA Domizil am Schlosspark
61348 Bad Homburg
Telefon: 06172 900 706

www.gda.de

GDA
Da will ich leben

„Die Leute brauchen jetzt Hilfe“

Stadtspitze hat im Sommer wegen Energiekrise einen Nothilfefonds angekündigt – doch Geld fließt noch nicht

Von Paul Lassay

MAINZ. Als im Sommer das Ausmaß der Energiekrise deutlicher wurde, kündigte der damalige OB Michael Ebling einen Nothilfefonds an. Mit dem Geld sollte denjenigen unkompliziert geholfen werden, die durch die stark steigenden Strom- und Gasrechnungen in Schwierigkeiten geraten. Zur Umsetzung wollte die Verwaltung unter den Wohlfahrtsverbänden Partner suchen, die das Geld nach einer möglichst unbürokratischen Prüfung aus-

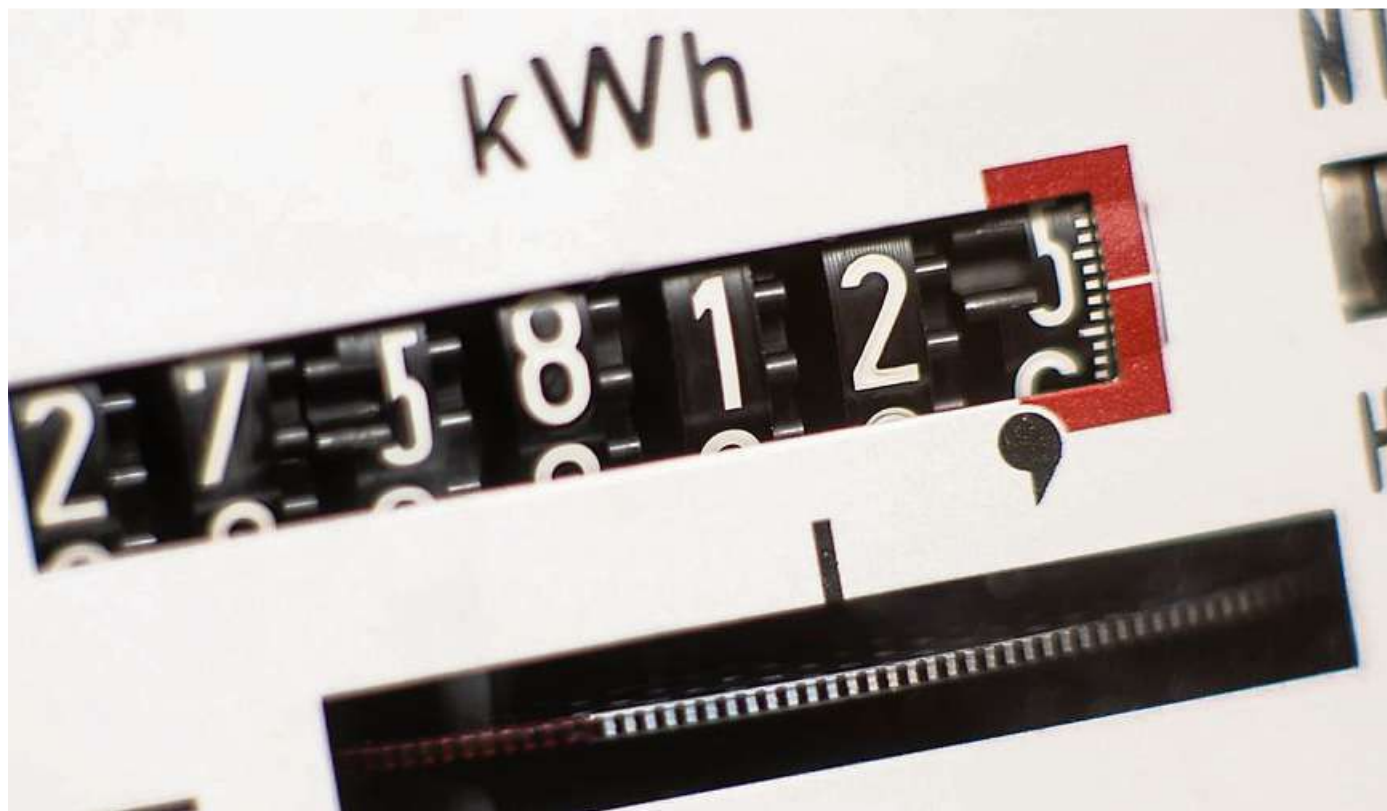
zahlen.

Es sollen nur die das Geld bekommen, die es auch brauchen.

Dr. Eckart Lensch, Sozialdezernent

zahlen. Eine Million Euro sollte von den Stadtwerken hierzu bereitgestellt werden. Doch bislang ist noch kein Geld geflossen, wie auf eine Stadtratsanfrage der Linken hin deutlich wird – weshalb die Fraktion in der jüngsten Stadtratssitzung in einem Antrag die „schnellstmögliche“ Einrichtung des „Nothilfefonds“ forderte. Das Ziel solle es sein, Energiesperren unabhängig vom Energieversorger zu verhindern.

Seit Eblings Ankündigung seien 114 Tage vergangen, kritisiert der Linken-Fraktionschef Tupac Orellana in der Stadtratssitzung. In der langen Zeit, die verstrichen sei, seien die Preise immer weiter gestiegen, die Schlangen an den Tafeln würden immer länger. Und trotzdem könne die Stadt keinen Termin nennen, wann der Fonds Mittel auszahlen werde. Es gehe darum, dass diejeni-



Die Energiepreise steigen.

gen, die am stärksten betroffen seien, so schnell wie möglich Hilfe bekämen. Hierzu werde man den Antrag der CDU, der die Forderungen der Linken präzisiert, übernehmen. Für die Christdemokraten betont anschließend Karsten Lange, wie wichtig es sei, diejenigen zu unterstützen, denen „die Preise davongaloppiert sind“. Dies müsse schnell passieren, und nicht erst im April oder Mai, wenn die Haushaltsbegleitanträge abgearbeitet seien. „Die Leute brauchen jetzt Hilfe.“

Das es wichtig sei, schnell zu helfen, sieht auch Ruth Jaensch



AUS DEM STADT-RAT

(Grüne) so. „Der Druck macht Menschen krank.“ Doch da enden die Gemeinsamkeiten mit Linken und CDU auch schon. Die entsprechenden Beschlüsse seien bereits gefasst, erklärte Jaensch, neben den Stadtwerken stelle auch die Stadt selbst im gerade beschlossenen Haushalt noch einmal zusätzlich eine Million Euro bereit. Der Antrag, der letztlich abgelehnt wird, sei deshalb erledigt. Ähnlich argumentieren Kerstin Bub für die FDP und Miriam Lauzi von der SPD, die aber anmerkt, dass es „Umsetzungsprobleme“ gebe. Sie sei aber überzeugt, dass alles getan werde, um den Fonds schnell umzusetzen, die Gespräche hierzu liefen.

Dies bestätigt anschließend

Dr. Eckart Lensch (SPD). Den Fonds zu organisieren sei kompliziert, betont der Sozialdezernent. Schließlich müsse sichergestellt werden, dass die Zahlungen niedrigschwellig durchgeführt würden und das Verfahren gleichzeitig rechtlich einwandfrei sei. „Es sollen schließlich nur die das Geld bekommen, die es brauchen“, so Lensch. Ein weiterer Grund dafür, dass noch keine Zahlungen geflossen seien, sei, dass nach der Verkündung von Ebling im Sommer auch vonseiten der Bundesregierung Pakete geschickt worden seien, wie die Gaspreisbremse und die Übernahme des Dezember-Anschlags, die teilweise an den gleichen Stellen griffen. Hier gebe es zudem noch häufig Ver-

änderungen. „Wir bekommen ununterbrochen neue Rundschreiben vom Bund“, berichtet der Dezernent. Zudem seien Menschen in der Grundsicherung und anderen Maßnahmen ohnehin „hervorragend abgesichert“.

Wo man allerdings bereits etwas tun könne, seien die Stromsperrungen, sagt Lensch. „Damit kann man praktisch umgehen, dafür haben wir einen Träger gefunden.“ Das notwendige Geld sei da und die Gespräche zur Umsetzung liefen. Dabei sei geplant, dass der Träger im Fall einer Stromsperrung das Geld direkt an den betreffenden Energie-Lieferanten überweise. „Wir können das Geld nicht an Privatpersonen zahlen“, so Lensch.

Foto: Sebastian Gollnow/dpa

Der Haushalt als Balanceakt

Stadtrat verabschiedet ersten Etat nach riesigen Biontech-Gewerbesteuereinnahmen

Von Paul Lassay

Um zu erkennen, wie sehr sich die Zeiten verändert haben, reicht es, wenige Jahre zurückzublicken: Ende 2019 stritten die Stadt und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) recht öffentlich über eine Tribüne, die in der Lerchenberger Sporthalle gebaut werden sollte – oder auch nicht. Dabei stand im Zentrum die Frage, ob Mainz für so ein Vorhaben Geld ausgeben darf. Ende 2022 sind die Vorzeichen gänzlich andere: Die Stadt schwimmt dank Biontech förmlich im Geld. Zum ersten Mal seit langer Zeit geht es bei den Haushaltsberatungen darum, Mittel zu verteilen, statt den Mangel zu verwalten. Eine Tribüne wäre da nur noch ein Punkt unter vielen.

Die Ansätze der Parteien sind unterschiedlich: Am einen Ende des Spektrums stehen die Linken, die auf den Entwurf der Verwaltung gerne noch einmal rund 150 Millionen Euro draufgepackt hätten. Zehn Millionen für die Schulsozialarbeit, 30 Millionen für ein 9-Euro-Ticket und 100 Millionen Euro für Grundstückskäufe. „Bei uns wird's Geld nicht schimmelig“, zitierte deren OB-Kandidat Martin Malcherek dazu Ernst Neger. Am anderen Ende bewegt sich die Ampel-Koalition mit ihrem Antrag, der rund 14 Millionen zusätzlich vorsieht, während die CDU etwas mehr als doppelt so viel Geld in die Hand nehmen will. Die richtige Balance zu finden zwischen wichtigen Investitionen und der gebotenen Zurückhaltung mit Blick auf die Zukunft, ist nicht einfach. Denn Mainz hat nun zum einen die Mittel, um entscheidende Invest-

itionen zu tätigen und bei zentralen Themen wie dem Klimaschutz, der Verkehrswende oder im sozialen Bereich wirklich Fortschritte zu machen. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten zur schnellen Umsetzung trotz der neuen Finanzpower eingeschränkt. Und, ganz wichtig: Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen werden über das gesamte Jahrzehnt kraftvolle Maßnahmen erfordern, weshalb man gut beraten ist, Rücklagen zu haben – für

MEINE WOCHE



VON PAUL LASSAY

paul.lassay@vrm.de

Zeiten, in denen die Einnahmen von Biontech vielleicht nicht mehr sprudeln.

Der Job von Finanzdezernent Günter Beck (Grüne) ist deshalb nicht einfacher geworden. Denn das Standard-Argument der vergangenen Jahrzehnte, dass kein Geld da ist, zieht nicht mehr. Stattdessen könnte die Versuchung bestehen, jegliche Konflikte einfach mit Geld zu verdecken. Und dann steht nach der OB-Wahl bald schon die nächste Kommunalwahl an, die die Ausgaben steigern könnte. „Erliegen Sie nicht der Versuchung, Wahlgeschenke zu verteilen“, mahnte Beck bei der Vorstellung des Haushalts. Daran werden sich die handelnden Personen auch in Zukunft messen lassen müssen.

KURZ NOTIERT

Musik in Kirche

MAINZ. Am Sonntag, 4. Dezember, findet in der Augustinerkirche, Augustinerstraße 34, ein musikalischer Gottesdienst statt. Ab 11 Uhr tritt das Ensemble für alte Musik „La Spagnoletta“ auf. Weitere Infos auf www.la-spagnoletta.de.

Chor „Mystic“

MOMBACH. Der Chor „Mystic“ feiert am Sonntag, 4. Dezember, mit einem Festgottesdienst und anschließender Feier im Gemeindehaus sein 30-jähriges Bestehen. In mehreren Gesangsbüchern präsentieren die Sängerinnen und Sänger ihr Repertoire aus den vergangenen 30 Jahren. Es werden unter anderem Lieder aus den Sparten Advent, Gospel und Popballaden vorgetragen.

Adventssingen

GONSENHEIM. In der Kirche Sankt Stephan musizieren am Sonntag, 4. Dezember, die Kinder der Freien Martinusschule ab 16 Uhr. Außerdem singt ein Lehrer-Eltern-Chor.

Prostatakrebs

MAINZ. Die Prostatakrebs-Selbsthilfegruppe lädt für Montag, 5. Dezember, 18 Uhr, zum Erfahrungsaustausch mit Betroffenen ein. Die Gruppe trifft sich im evangelischen Gemeindezentrum Hechtsheim, Lion-Feuchtwanger-Straße 14 bis 16. Weitere Informationen telefonisch unter 06131-593127 oder 06139-5484.



Strom sparen?

Seit sieben Jahren tritt Musiker Rick Cheyenne auf dem Winterzeitmarkt am Schillerplatz auf. In diesem Jahr sollte er ohne Verstärker spielen – so will es die Stadt, die damit auf dem Weihnachtsmarkt und den Winterzeitmärkten Strom sparen möchte. Cheyennes Auftritte müssen nun ausfallen, obwohl er mit seinem

solarbetriebenen Akku eigentlich gar keinen Mainzer Strom bräuchte, wie er sagt. Doch auftreten dürfen nur A-cappella-Gruppen oder rein instrumentale Musiker. Das sorgte nun für Unmut. Und führte zur Frage: Wie war das eigentlich am 11.11.? Wurde da Strom gespart? Karikatur: Klaus Wilinksi

AUF EINEN BLICK

Pfarrhaus St. Georg noch nicht verkauft

BRETZENHEIM (agk). Die in der jüngsten Ortsbeiratsitzung von der SPD-Fraktion in die Diskussion zum Antrag „zeitnahe Sanierung Dantehaus“ eingebrachte Information, das alte Pfarrhaus von St. Georg sei bereits verkauft worden, ist falsch. Das teilte die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von St. Georg, Elisabeth Stauder, gegenüber dieser Zeitung mit. Bislang habe St. Georg le-

diglich darüber nachgedacht, ob die Gemeinde das alte Pfarrhaus verkaufen wolle. Erst in der jüngsten Mittwochssitzung habe man sich dazu entschieden. Stauder erklärte, es gebe bereits Anrufe verärgelter Bauherren, die sich aus dem Angebotsverfahren ausgeschlossen fühlten. „So weit sind wir aber ja noch gar nicht“, betont Stauder.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag geschrieben,

die katholische Pfarrei St. Georg habe das unmittelbar benachbarte Pfarrhaus an ein großes Bau- und Immobilienunternehmen veräußert. „Dies geschah im Rahmen einer Gesamtlösung zum Bau der neuen Kita St. Georg und von Eigentumswohnungen am Standort des ehemaligen ‚Haus St. Georg‘. Wir befürchten durch diese Entwicklung einen Veräußerungsdruck auf das Objekt Dantestaße 13.“

– Anzeige –



Weil ich neugierig auf morgen bin.

GDA-Zukunftstag

Mittwoch, den 7.12.2022, um 15:00 Uhr

Reservierung erforderlich

Entdecken Sie attraktive Möglichkeiten für Ihr Leben im Alter.

GDA Frankfurt am Zoo
60316 Frankfurt
Telefon: 069 40585 102

GDA Rind'sches Bürgerstift
61348 Bad Homburg
Telefon: 06172 891 593

GDA Hildastift am Kurpark
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 153 802

GDA Domizil am Schlosspark
61348 Bad Homburg
Telefon: 06172 900 706

www.gda.de

GDA
Da will ich leben

KOMMENTAR



Grotesk

Julia Sloboda
zur Stadtentwicklung

julia.sloboda@vrm.de

Mit dem Ausbau der Biotechnologie steht Mainz vor einer Jahrhundertchance. Eine Chance, bei der keine Zeit verplempert werden sollte. Seit Mai dieses Jahres ist klar, dass die Biotechnologieachse entlang der Saarstraße weiterentwickelt werden soll. Seitdem wurde die städtebauliche Strategie in den beteiligten Ortsbeiräten, Ausschüssen und dem Stadtrat diskutiert und darüber abgestimmt. Hinter dem Vorhaben, die Biotechnologie in Mainz auszubauen, steht eine breite politische Mehrheit. Die Stadtverwaltung agiert dabei übrigens nicht nach Belieben, sondern folgt einem gemeinsamen Antrag der Ampelfraktionen und der CDU aus dem November 2020. Darin heißt es: „Die Verwaltung intensiviert ihre Bemühungen, um den Biotechnologiestandort Mainz auszubauen. Dafür sollen weiterhin im Stadtgebiet geeignete Flächen zur Verfügung gestellt werden.“ Da mutet es nun grotesk an, wenn die ÖDP der Verwaltung vorwirft, genau das zu tun. Trotzdem kann man der ÖDP keinen Vorwurf machen. Mit ihren wiederholten Anträgen, die grundsätzlich das gute Recht jeder Fraktion sind, sorgt sie dafür, dass sich Verwaltung und Stadtrat immer wieder öffentlich zum klimafreundlichen Ausbau der Biotechnologie bekennen. Und an diesen Bekenntnissen müssen sich die Beteiligten auch nach dem Ideenwettbewerb messen lassen.

AUF EINEN BLICK

Sieben-Tage-Inzidenz sinkt weiter

MAINZ (slo). Die Corona-Inzidenz in Mainz ist in der vergangenen Woche erneut gesunken. Das gab das Landesuntersuchungsamt LUA bekannt. In den vergangenen sieben Tagen wurden pro 100.000 Einwohner 173,3 neue Coronafälle gemeldet. In der Woche zuvor hatte die Inzidenz noch bei 212 gelegen. In der Stadt wurden in der vergangenen Woche 377 neue Coronafälle gemeldet. Auch dieser Wert ist im Vergleich zur Vorwoche gesunken, als noch 461 neue Fälle gemeldet worden waren. Auch im Kreis

Mainz-Bingen ist die Inzidenz weiter gesunken und liegt nun bei 211,8. In der vergangenen Woche wurden im Kreis 450 neue Coronafälle gemeldet, in der Woche zuvor waren es noch 634 Fälle gewesen. Die Hospitalisierungsrates in Rheinland-Pfalz ist indes gestiegen. Sie beträgt derzeit 6,06. Vor einer Woche hatte sie noch bei 4,34 gelegen.

Auf den Intensivstationen der Mainzer Kliniken lag die Anzahl der Covid-19-Patienten zuletzt bei vier. Davon müssen zwei Patienten intensiv beatmet werden.

Gästeführer laden zur Adventszeit

MAINZ (red). Der Gästeführerverband Mainz lädt zu folgenden Veranstaltungen in der Adventszeit: Am Freitag, 9. Dezember, 17.30 Uhr, geht es los am Gutenbergdenkmal, wo Gästeführerin Beate Heusel einen Adventsummel mit Glühwein anbietet. Eine zweite Adventsummelgelegenheit gibt es am Donnerstag, 15. Dezember, 17.30 Uhr.

Am Samstag, 10. Dezember, 15 bis 16 Uhr, heißt es „Beim Jupiter! Aurelia, First Lady der Germani a Superior, gibt sich die Ehre“ mit Dr. Judith König.

Die Tour wird auch noch mal am Dienstag, 20. Dezember, 18 bis 16 Uhr, angeboten.

„Todesfurcht und Sinnestau“ bietet Peter Seelmann am Sonntag, 11. Dezember, 14 bis 15 Uhr. „Geheimnisvolle Rauten“ sind Thema am Mittwoch, 28. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr, und am Donnerstag, 29. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr, mit Ursula Hoffmann-Kramer.

Weitere Infos gibt es per Mail an kontakt@mainz-stadtfoerderung.de oder online unter <https://mainz-online-booking.info-mainz.de/>.

MOGUNTINUS

Mit Ketchup?

Gehen Sie auch so gerne auf den Weihnachtsmarkt? So zum richtig schön Durchfuttern? Erst eine Currywurst, dann Pommes, vielleicht noch eine leckere Suppe und zum Abschluss etwas Süßes. Wer noch Platz im Bauch hat, entscheidet sich natürlich für Reibekuchen. Wenn Sie an dieser Stelle schon darüber stolpern, dass Reibekuchen unter „etwas Süßes“ fallen, brauchen Sie gar nicht weiterlesen. Natürlich sind Reibekuchen etwas Süßes. Keine Diskussion. Oder doch? Mit Erschrecken habe ich in diesem Jahr wieder einmal festgestellt, zu welch unglaublichem Reibekuchenverzehr meine Kollegen fähig sind. Sie essen Reibekuchen mit (Achtung, festhalten): Ketchup. Ich bin fassungslos. Ein Skandal. Reibekuchen gibt es mit Apfelmus. Ausschließlich. Auch die Varianten Zucker, Lachs, Meerrettich kann ich nicht Ernst nehmen. Beim Reibekuchen hört die Freundschaft auf.

Bekenntnis zu Biotechnologie-Ausbau

Braucht Mainz neue Leitlinien für weitere Entwicklung der Stadt? / Die ÖDP sagt ja und erntet Kritik im Stadtrat

Von Julia Sloboda

MAINZ. Nein, bei diesem Thema lässt Dr. Claudius Moseler nicht locker. Erst im Juni stellte der Fraktionsvorsitzende der ÖDP im Stadtrat den Antrag für einen „Masterplan Stadtentwicklung“, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Bei der vergangenen Sitzung folgte nun der Antrag „Leitlinien für die zukünftige Stadtentwicklung in Mainz“. Moseler ist unzufrieden mit dem, was derzeit in der Stadt passiert. Der Flächennutzungsplan werde nicht mehr angewendet, lautete der Vorwurf des ÖDP-Politikers. Freiräume seien weder dem Rat noch der Verwaltung etwas wert. Deshalb brauche es – gerade mit Blick auf die neue Bio-



Es kann nicht sein, dass wir bei fast jeder Sitzung darüber diskutieren müssen, ob der Biotechnologiestandort dahin soll. Wo soll er sonst hin?

David Dietz,
FDP-Fraktionsvorsitzender

technologiefläche entlang der Saarstraße – neue Leitlinien. In Frischluftschneisen solle es keine Neuversiegelung geben, Artenschutz müsse berücksichtigt und wertvolle Ackerflächen erhalten werden. „Wir sind nicht gegen den Biotechnologiestandort“, so Moseler. „Aber wir hätten uns eine Debatte über alternative Flächen gewünscht, die dann zur Abstimmung gestellt werden.“ Wie mehrfach berichtet, soll in den nächsten Jahren auf rund 50 Hektar entlang der Saarstraße zwischen der zum 05-Stadion führenden Eugen-Salomon-Straße und der parallel zur A 60 verlaufenden Bahnlinie ein Biotechnologiestandort entstehen. „Der Stadtrat sollte sich nicht durch die Verwaltung Flä-



Entlang der Saarstraße soll auf rund 50 Hektar Platz für Biotechnologie geschaffen werden.

Foto: Sascha Kopp

chen vorschreiben lassen und diese nur noch abnicken“, sagte Moseler. Stadtentwicklung müsse umwelt- und klimaverträglich sein.

Mit seinen Worten sorgte der ÖDP-Fraktionsvorsitzende bei seinen Stadtratskollegen für ein Déjà-vu und für Kritik. „Man wird den Eindruck nicht los, dass die ÖDP in jeder zweiten Sitzung einen Antrag zur Stadtentwicklung stellt“, sagte Fabian Ehmann (Grüne). Thomas Gerster (CDU) fragte: „Schon wieder ein Antrag zur Stadtentwicklung – was soll das?“ Ehmann verwies nicht nur auf künftig noch zu führende Debatten zum Biotechnologiestandort, sondern vor allem auf den Antrag der Ampel-Fraktionen und der CDU aus der letzten Ratssitzung, in dem bereits große Leitlinien festgeschrieben worden seien. Gerster räumte noch ein, dass Kaltluftschneisen und entstehungsgebiete geschützt werden müssten, was aber auch im Ausschuss noch einmal

vertieft werden könne. „Ihr Antrag soll dazu führen, den Biotechnologiestandort am Europakreisel zu verzögern und zu verhindern“, so Gersters Vorwurf an Moseler.

Auch Christine Zimmer (SPD) hielt mit Vorwürfen nicht hinterm Berg. „Die ganzen Diskussionen haben wir schon im Bauausschuss geführt.“ Dass mit dem Geoinformatiker Prof. Michael Bruse von der Environmental Modelling Group der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) ein erfahrener Wissenschaftler die Kaltluftschneise im Gespräch mit dieser Zeitung zuletzt stark angezweifelt hatte, wolle sie noch einmal ausdiskutiert haben. Auch David Dietz wurde deutlich: „Jeder Punkt des ÖDP-Antrags schreit, dass man diesen Standort auf Teufel komm raus verhindern will.“ Die Stadt habe in Sachen Biotechnologie eine Jahrhundertchance, die man ergreifen müsse, so der FDP-Fraktionsvorsit-

zende. „Es kann nicht sein, dass wir bei fast jeder Sitzung darüber diskutieren müssen, ob der Standort dahin soll. Wo soll er sonst hin?“ Zu Alternativen höre er von der ÖDP nichts.

Alternativen hatte dann aber Martin Malcherek parat. Der OB-Kandidat der Linken hatte Verständnis für den Antrag der ÖDP. Die würde so häufig das Thema Stadtentwicklung aufgreifen, weil die Stadt schlichtweg Planungsdefizite habe. Die Festlegung auf den Standort an der Saarstraße sei vorschnell erfolgt. „Warum kann man nicht an dezentralen Standorten einen Campus entwickeln?“, fragte Malcherek, der den Lerchenberg und den Unicampus ins Spiel brachte. Alternativen seien ergebnisoffen zu prüfen. Was den Ideenwettbewerb angehe, sei ihm ohnehin klar, wie dieser aussehe. „Da kommt das raus, was von vornherein von der Verwal-

lung als Lösung angesehen wurde.“ Das war der Satz, bei dem auch Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) nicht mehr an sich halten konnte. Nachdem sie „einmal tief Luft geholt“ hatte, sagte sie in Richtung von Martin Malcherek: „Wenn Sie wissen, was bei einem international ausgeschriebenem Wettbewerb herauskommt, schwingt da etwas von Verschwörungstheorie mit.“ Das sei unverantwortlich. Man habe die Entwicklung der Biotechnologieachse im Bauausschuss kritisch diskutiert, es habe letztlich eine breite Mehrheit auch für den Ideenwettbewerb gegeben. Von 20 Büros würden acht in die engere Auswahl kommen, die sich einer engmaschigen klimatologischen Untersuchung unterziehen müssten. Von den Mandatsträgern erwarte sie den Mut, sich auf solch ein Verfahren einzulassen. Erwartungsgemäß wurde der Antrag der ÖDP abgelehnt.

► KOMMENTAR

Gäste zum Sparen animieren

Kleinere Hotels können Ausmaß der Kostensteigerung nicht abschätzen und hoffen auf Vernunft der Kundschaft

Von Paula Völkner

MAINZ. Seitdem die Energiekosten steigen, gehören eine lange warme Dusche und beheizter Wohnraum zu einem Komfort, um den sich viele Menschen sorgen. Diese Sorge treibt jedoch nicht nur Privatpersonen, sondern auch Hoteliers und Gastronomen um, wie eine Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) zeigt. Mainzer Hoteliers berichten, wie stark sie von den hohen Energiekosten betroffen sind und welche Auswirkungen dies auf ihren Betrieb hat.

Laut Dehoga-Umfrage sehen sich ohne Entlastungsmaßnahmen 18,5 Prozent der Betriebe „zur Aufgabe gezwungen“. Explodierende Kosten, Inflationsängste und wachsende Unsicherheit bereite Hoteliers Sorge.

Augenmerk auf Erhalt der Arbeitsplätze

Besonders zwei Faktoren beschreibt Alexander Tränkmann, Geschäftsbereichsleiter der Inklusionsbetriebe der Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen, im „INNdependence Hotel“ in der Mainzer Oberstadt als belastend. Die erste Belastung entstehe direkt durch die steigenden Energie-



Delkhosh Darvishi, Geschäftsführer des Hotels „Havana“, mit einem Stromzähler, der den Verbrauch in den Gängen zeigt: statt 45 Euro/Monat kommen rund 220 Euro auf den Hotelier zu. Foto: Harald Kaster

kosten. Wie hoch die Kosten für das Hotel sind, weiß Tränkmann aufgrund der ausstehenden Abrechnung noch nicht. Eine zweite Belastung sieht der Bereichsleiter im Verhalten der Gäste: „Im Hotel wird natürlich anders als zuhause eher mal exzessiv lange geduscht.“ Darum arbeite man im „INNdependence“ bereits daran, Hinweise zu geben, auch dort sparsamer mit der Energie umzugehen. An welcher Stelle man im Hotel einsparen könne, werde sich zeigen. Für den In-

klusionsbetrieb liege Tränkmann besonders der Erhalt der Arbeitsplätze am Herzen. Die Preise im Hotel könne er jedoch nicht so einfach anheben. „Da muss man sich immer den Wettbewerb anschauen und die Preisfindung hängt davon ab, was gerade am Markt los ist“, erklärt er. Auch das Budget der Gäste spiele hier eine Rolle, da die meisten Menschen ohnehin mehr auf ihre Ausgaben achten müssen.

Auch Anita Katavic, Geschäftsführerin des Hotels „Hof

Ehrenfels“, kann und möchte die Preissteigerung nicht an ihre Gäste weitergeben: „Dann wäre das Preisgefüge so hoch, dass wir nur noch die Gäste ansprechen können, die sich die Preissteigerungen derzeit noch leisten können.“ In den vergangenen Monaten seien die monatlichen Stromkosten des Betriebs um 20 bis 180 Prozent gestiegen. Neben den steigenden Energiekosten sei jedoch auch die Inflation eine Belastung für ihr Hotel und Weinhaus. Als Wirtschaftsbetrieb,

erklärt Katavic, benötigt der „Hof Ehrenfels“ Gewinne, um beispielsweise in Personal zu investieren. Die Geschäftsführerin äußert sich besorgt: „Wenn wir uns als Gastronomiebetrieb in der Altstadt nicht mehr halten können, geht ein gewaltiges Stück an Geselligkeit und Lebensqualität verloren.“

Mehr als das Vierfache beim Strom

Delkhosh Darvishi, Geschäftsführer des „Havana“ Hotels in der Rheinstraße, sieht in der aktuellen Situation besonders für kleinere Betriebe ein Problem. Für große Hotels, sagt Darvishi, sind Preiserhöhungen von Zimmern, Service oder Speisen kein Problem. Für ihn sei dies keine Lösung, da ihm so die Kundschaft verloren ginge. Auch Darvishi müsse die kommenden Monate aussitzen und auf die Energiekostenabrechnung warten. Am Beispiel eines Stromzählers für den Verbrauch in den Gängen sieht er jedoch bereits, dass hohe Kosten auf ihn zukommen: „Früher hat uns der Strom dort pro Monat 45 Euro gekostet, heute sind wir da bei rund 220 Euro.“ Wie viele andere Hoteliers, die an der Dehoga-Umfrage teilgenommen haben, hofft auch Darvishi auf Unterstützung.

Plötzliches Plus in Millionenhöhe

VG Rhein-Selz hat sich bei Etat-Entwurf verrechnet – statt 418 Euro nun 1,2 Millionen Euro unterm Strich

Von Julian Peters

VG RHEIN-SELZ. Faustdicke Vorweihnachtsüberraschung in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz: Bei ihrem Entwurf für den Haushalt 2023, der in der vergangenen Woche vorgestellt worden war, ist der Finanzabteilung der VG-Verwaltung ein Fehler unterlaufen. Und zwar einer von der Sorte, der sich deutlich spürbar im Jahresergebnis niederschlägt – und zum Glück für die Kommune tut er das im positiven Sinne. Denn statt eines Mini-Überschusses von 418 Euro steht unter dem Strich nun ein dickes Plus von 1,209 Millionen Euro. Vorschläge, was man mit dem Extra-Geld machen kann, hat die Verwaltung bereits.

Unterlaufen war der Verwaltung ihr Fehler bei der Kreisumlage, die die Verbandsgemeinde an den Landkreis Mainz-Bingen abführen muss. Deren Höhe beruht, vereinfacht gesagt, auf den Vorgaben des kommunalen Finanzausgleichs. Und dessen Berechnungsgrundlage sei im laufenden Jahr mehrfach verändert worden, betont man im VG-Rathaus. Letztlich hatten die Mitarbeiter der Verwaltung eine falsche, weil veraltete Methode zur Berechnung der Kreisumlage angewendet. Das führte dazu, dass die Verwaltung zunächst davon ausging, dass die VG im kommenden Jahr 1,6 Millionen Euro an den Landkreis zahlen muss – tatsächlich sind es aber nur 181.000 Euro. Zieht man 217.000 Euro ab, die die Städte und Gemeinden wegen der neuen Regeln weniger an die Verbandsgemeinde zahlen müssen, ergibt sich der neue Überschuss im VG-Haushalt von etwas mehr als 1,2 Millionen Euro. Der entscheidende Hinweis kam dabei laut Verwaltung von FDP-Fraktionschefin Stephanie Steichele-Guntrum, die auch Mitglied im Kreistag ist.

„Das ist peinlich, richtig peinlich“, sagt der für die Finanzen zuständige VG-Bürgermeister Martin Groth (FWG). Er habe den Haushaltsentwurf unter-

schrieben und übernehme daher die Verantwortung für den Fehler. „Das ist so passiert, dazu müssen wir stehen. Wir werden aber Mechanismen etablieren, dass so etwas nicht noch einmal vorkommt“, kündigt Groth an.

Nutznießer des plötzlichen Millionen-Plus sollen nun die 20 Städte und Gemeinden der Verbandsgemeinde Rhein-Selz sein. Für diese soll, so schlägt es die VG-Verwaltung in ihrem neuen Etat-Entwurf vor, im kommenden Jahr die VG-Umlage von aktuell 40 auf 38 Punkte gesenkt werden. Damit müssten die Orte weniger Geld an die Verbandsgemeinde bezahlen. Ein gesenkter Umlagepunkt entspricht nach Berechnungen der VG-Finanzabteilung dabei einer Entlastung von knapp 500.000 Euro. In einer Schaltkonferenz hatte die VG-Verwaltung den Stadt- und Ortsbürgermeistern die für sie positive Entwicklung am Dienstagmittag verkündet.

Abstimmung im VG-Rat am 15. Dezember

Bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Verbandsgemeinde in der vergangenen Woche war zuvor Kritik daran laut geworden, dass der damalige Etat-Entwurf trotz deutlicher Mehreinnahmen keine Entlastung der Städte und Gemeinden durch Senkung der VG-Umlage vorgesehen hatte. Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden würden „Amok laufen“ hieß es mit Blick auf die Stimmungslage in den Rathäusern vor Ort angesichts der prekären Finanzlage vieler Kommunen. Nun soll es nach dem Willen der VG-Verwaltung also doch Entlastung geben. Wobei das letzte Wort in Sachen Haushalt beim VG-Rat liegt, der den Etat am Ende beschließt. Der zeitliche Fahrplan in Sachen Haushalt gerät durch den Rechenfehler derweil nicht ins Wanken. Man plane unverändert, den Etat in der nächsten Sitzung des VG-Rats am 15. Dezember zur Abstimmung vorzulegen, erklärt Groth.



Die Verbandsgemeinde Rhein-Selz wird im kommenden Jahr mehr Geld zur Verfügung haben als ursprünglich gedacht. Foto: dpa

AUF EINEN BLICK

Deep Purple Tribute Band im E-Werk

NIERSTEIN (red). Die Kaiserlauterer Deep Purple Tribute Band „Black Night“ spielt am Samstag, 10. Dezember, 20.30 Uhr im Alten E-Werk, Pestalozziplatz 1. Die Band interpretiert die Songs der legendären Band Deep Purple auf „begeisterte Art und Weise“, verspricht der Veranstalter. Wenn Sänger Pouya Nematy geradezu mühelos Ian Gillans ekstatische

Schrei-Passagen meistert, dann erzeuge dies bei den Zuhörern Gänsehaut. Das Repertoire der fünf Musiker reicht vom frühen Purple Blues- und Psychodelic-Rock der 1960-er Jahre über die Mark II-Phase, bis hin zu den Stücken der Coverdale-Hughes-Ära, den 80-er Purple-Stücken, zu einigen Songs der Steve Morse und Post Jon Lord Ära. Der Eintritt kostet 20 Euro.

Wochenmarkt auf Postplatz

OPPENHEIM (red). Aufgrund des Oppenheimer Weihnachtsmarkts findet der Wochenmarkt am Samstag, 10. Dezember, von 8 bis 13 Uhr auf dem Postplatz statt. Der letzte Wochenmarkt im Jahr

2022 erwartet die Kunden am Freitag, 23. Dezember, von 8 bis 13 Uhr auf dem Marktplatz. Der erste Wochenmarkt im neuen Jahr findet am Samstag 21. Januar, statt.

Wirtschaftsstandort mit Potenzial

Die VG Nieder-Olm ist attraktiv für Firmenansiedlungen / „Hotspots“ sind Klein-Winternheim und Nieder-Olm

Von Helena Sender-Petry

VG NIEDER-OLM. Der Begriff „Mainzer Speckgürtel“ lässt viele Interpretationen zu: Wachsende Neubaugebiete mit Zuzug aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet, attraktive Infrastruktur durch diverse Autobahnanschlüsse, kleine Städte und Gemeinden, die Lebensqualität in einem überschaubaren Umfeld verheißen und immer mehr Unternehmen, die sich rund um die Landeshauptstadt Mainz ansiedeln, beziehungsweise ansiedeln wollen.

Die Verbandsgemeinde Nieder-Olm (rund 34.200 Einwohner) ist ein Beispiel dafür, auch wenn nicht alle acht Ortsgemeinden gleichermaßen davon profitieren. Es sind die „Hotspots“ Nieder-Olm und Klein-Winternheim, wo zahlreiche Gewerbeansiedlungen nicht nur Geld in die Gemeindefinanzen spülen. So lag die Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer in Nieder-Olm im vergangenen Jahr bei 5,3 Millionen Euro und blieb somit 2022 recht stabil (2021: 5,6 Millionen Euro). Einbußen verzeichnete Klein-Winternheim, das 2021 rund 8,5 Millionen Euro verbuchen konnte.

Und dennoch: „Seit zwei Jahren ist das Niveau hoch und auch stabil“, sagt Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde. Allerdings berge es auch Gefahren, wenn die Gewerbesteuer deutlich über dem Durchschnitt liege. „Wenn etwas wegbreicht, ist das nicht so gut.“ Positiv sei, davon ist er überzeugt, dass das Gewerbe vielfältig aufgestellt sei, also „gut durchmischt“. Monostrukturen bedeuteten immer Abhängigkeit. Der Wohlstand hängt also nicht am Tropf einer einzigen Firma.

Regionalplanung entscheidet mit

Gewerbegebiete zu erweitern, ist nicht alleine Sache der VG und der Ortsgemeinde. Da hat die Regionalplanung Rheinhesen-Nahe ein gewichtiges Wort mitzureden.

Die Regionalplanung Rheinhesen-Nahe hat vier Landkreise im Blick, auf denen die Gewerbeflächenstrategie fußt: Mainz-Bingen, Alzey-Worms,



Das Gewerbegebiet der Stadt Nieder-Olm wird weiter wachsen. Neue Flächen werden in Richtung Stadecken-Elsheim entwickelt. Foto: hbz/Stefan Sämmner



Auch das Gewerbegebiet in Klein-Winternheim ist noch lange nicht an seine Grenzen gelangt. Auch hier gibt es noch viel Potenzial für Neuansiedlungen. Foto: hbz/Stefan Sämmner

Bad Kreuznach und Birkenfeld. Doch wie arbeitet die Planungsgemeinschaft Rheinhesen-Nahe? „In einem ersten Schritt werden die noch vorhandenen Gewerbeflächenreserven in der Region in einer gesamtregionalen Analyse erhoben (Lage, Größe, Verfügbarkeit) und Gespräche mit den Trägern der Bauleitplanung über ihre aktuellen Gewerbeflächenplanungen geführt“, heißt es auf der Homepage des Innenministeriums. Und weiter: „Danach sollen die Flächenanforderungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht ermittelt werden. Dieser Prognose wird das vorhandene Angebot an Gewerbeflächen gegenübergestellt, das im Zuge einer gesamtregionalen Gewerbeflächenbestandsaufnahme erfasst und bewertet wird.“ Schließlich folgt für die ganze Region eine Ermittlung von Potenzialen. Hier spielen Wirt-

schaftsachsen eine große Rolle, die im Raumordnungsplan definiert sind. Das größte Potenzial in der VG Nieder-Olm hat die Stadt Nieder-Olm, wo zurzeit sechs Hektar Fläche in Richtung Stadecken-Elsheim entwickelt

„Seit zwei Jahren ist das Niveau hoch und auch stabil.“

Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm

werden. „Weitere zehn Hektar sind in Reserve“, sagt Spiegler. Im Regionalen Raumordnungsplan seien weitere neun Hektar Gewerbeflächen möglich. Wie auch Klein-Winternheim, das noch über eine Reserve von 6,4 Hektar verfügt, zählt auch Nieder-Olm zu den sogenannten G-

Gemeinden, also Gemeinden mit besonderer Funktion Gewerbe. Der Grund: die Lage an der Entwicklungs- beziehungsweise Wirtschaftsachse Autobahn 63.

Derweil Sörrenloch und Essenheim keine weiteren Gewerbeflächen auf der Agenda haben, schicken sich Jugenheim, Zornheim und Stadecken-Elsheim an, neues Gelände auszuweisen. Spiegler: „In Jugenheim sind insgesamt sechs Hektar entweder in der Entwicklung oder werden gar schon bebaut.“ Stadecken-Elsheim überlege, eventuell an Nieder-Olm anzudocken, sagt Doris Leininger-Rill, hauptamtliche Beigeordnete der VG. Doch: „Diese Erschließung ist verkehrstechnisch nicht so einfach.“ Knackpunkt ist der Kreisel, der schon jetzt zu eng sei. Die VG sei über eine mögliche Kostenbeteiligung zwecks Ertüchtigung der Infrastruktur mit der Ortsge-

meinde im Gespräch. Ein Bypass könnte eine Lösung sein, der aus Richtung Stadecken durchaus möglich wäre, sagt Leininger-Rill. Doch das koste Geld und Flächen. Eine „Umfahrung“ dieser Art gibt es schon – von der Autobahn aus Richtung Mainz nach Nieder-Olm.

„Eine Chance für Ober-Olm“

Den wohl größten Schritt könnte Ober-Olm gehen: ein gemeinsames Gewerbegebiet mit Mainz. Rund 15 Hektar brutto stünden zur Verfügung, doch die Ortsgemeinde will nichts überstürzen. Spiegler: „Die entscheidende Frage ist: Will Ober-Olm dieses Gewerbegebiet? Wenn ja, lautet der Vorschlag der VG-Verwaltung, das Gelände in den Flächennutzungsplan aufzunehmen. Der Bebauungsplan ist dann Sache der Ortsgemeinde.“ Nicht nur der VG-Chef, auch Leininger-Rill würden es befürworten, wenn sich Ober-Olm dafür entscheiden würde, denn „es wäre eine Chance für die Entwicklung der Ortsgemeinde“.

Was aus Sicht Spieglers durchaus Charme hat, ist, dass „keiner ohne den anderen kann“. Denn Mainz wolle eine Beteiligung an der Gewerbesteuer, die entsprechend verhandelt werden müsse. „Es muss sich für Ober-Olm rechnen. Denn anders als Mainz zahlt die Ortsgemeinde VG- und Kreisumlage.“ Doch bevor über Geld gesprochen werden kann, muss das potenzielle Gewerbegebiet gleich durch drei Nadelöhre: Ober-Omer Ortsgemeinderat, VG-Rat und auch die Planungsgemeinschaft entscheiden mit. Denn anders als die Gewerbegebiete in Klein-Winternheim und Nieder-Olm, ist Ober-Olm laut Raumordnungsplan eine sogenannte Wohngemeinde. Spiegler ist dennoch optimistisch, dass ein Konsens erreicht wird. Zwei Jahre werde es dann mindestens noch dauern, bis alle planerischen Voraussetzungen geschaffen seien. Zur Erinnerung: Die 15 Hektar Fläche zwischen Medienberg und dem Forsthaus entlang der L 426 gehören der Ortsgemeinde Ober-Olm. Und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Gegen zu teure Tickets

Verkehrsunternehmen wollen Fahrkarten-Preise drastisch erhöhen / Kreis Mainz-Bingen verweigert Zustimmung wegen der Busausfälle

Von Felix Plum

MAINZ-BINGEN. Der Kommunalverkehr Rhein-Nahe (KRN) ist im Oktober mit großer Anlaufschwierigkeiten gestartet: Fehlende Busse, fehlende Fahrer und viele Busausfälle machen der kommunalen Verkehrsgesellschaft seitdem zu schaffen. Ab 2. Januar 2023 soll ein neuer Fahrplan die Situation entschärfen, insbesondere rund um den Schulstandort Oppenheim.

Der Kreis Mainz-Bingen hatte die KRN gemeinsam mit Stadt und Kreis Bad Kreuznach gegründet. Aktuell fallen am Tag rund 80 KRN-Fahrten aus. Das sagte Geschäftsführer Uwe Hiltmann am vergangenen Montag im Bad Kreuznacher Kreistag. Anfang November lag diese Zahl noch bei 150 Fahrten. Demnach sollten im KRN-Gebiet montags bis freitags eigentlich 3500 Fahrten stattfinden.

Trotz der Startprobleme und der anhaltenden Ausfälle wollen die Busunternehmen im Verkehrsverbund Rhein-Nahe (RVN) die Ticket-Preise im



Aktuell fallen täglich rund 80 KRN-Fahrten aus. Anfang November waren es noch 150 Fahrten. Hier zu sehen ist ein Bus im Ingelheimer Stadtteil Großwinternheim. Archivfoto: Thomas Schmidt

ersten Halbjahr 2023 um durchschnittlich 11,3 Prozent erhöhen. Das beantragten die Verkehrsunternehmen beim zuständigen Landesbetrieb Mobilität (LBM).

Dieses Vorhaben landete nun im Kreisausschuss Mainz-Bingen. Denn die Fortschreibung des RVN-Tarifs bedarf seiner Zustimmung. Diese allerdings verweigerte der Kreisausschuss in seiner Sitzung am

Montag und deckelte den Anstieg stattdessen auf durchschnittlich fünf Prozent.

Als Begründung heißt es in dem Beschlussvorschlag: „Aus Sicht der Verwaltung ist eine Tarifierhöhung von über zehn Prozent vor dem Hintergrund der neu eingeführten ÖPNV-Konzepte den Nutzern nicht vermittelbar.“ Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen verhindert also eine zu drastische Preis-

erhöhung wegen der Anlaufschwierigkeiten des KRN. Zudem findet sich in der Begründung der Verwaltung ein Verweis auf das bundesweite 49-Euro-Ticket, das zum 1. April oder 1. Mai 2023 starten soll. „Die Einführung wird zu einer deutlichen Einnahmereduzierung und möglicherweise auch zeitversetzten Ausgleichszahlungen führen, sodass die Verwaltung bereits jetzt auf mögliche Liquiditätsengpässe bei den Unternehmen, unter anderem der KRN, hinweist.“

Diese Engpässe könnten, heißt es weiter, unabhängig von der Tarifsituation zu einer vorübergehenden Liquiditätssicherung durch die Gebietskörperschaften führen. Heißt: Wenn die KRN wegen des 49-Euro-Tickets weniger Fahrkarten verkauft, könnte unter anderem der Kreis Mainz-Bingen vorübergehend einspringen müssen. Steigen die Preise für Fahrkarten zu stark, wären sie zudem angesichts des 49-Euro-Tickets extrem unattraktiv.

Die Ablehnung der drastischen Preiserhöhung kommt den Landkreisen allerdings teuer

LANDKREIS GLEICHT KOSTEN AUS

► Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, Verkehrsunternehmen die **Kostensteigerungen für Personal auszugleichen**, die ab 1. Januar 2023 anfallen.

► Derzeit ist nach Angaben der Verwaltung von einem **Ausgleich in Höhe von rund 28.000 Euro** auszugehen.

zu stehen: Die dadurch wegfallenden Einnahmen müssen die Gebietskörperschaften den Verkehrsunternehmen ausgleichen.

Für das erste Halbjahr 2023 beläuft sich der auszugleichende Betrag auf rund 1.452.000 Euro. Davon entfallen rund 343.000 Euro auf den Landkreis Mainz-Bingen, etwa 80.000 Euro auf die Stadt Ingelheim und rund 59.000 Euro auf die Stadt Bingen. Den restlichen Betrag tragen die anderen Aufgabenträger des RVN: die Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Birkenfeld sowie die Stadt Mainz.

KOMMENTAR

Verantwortung

Paul Lassay
zur Gewerbesteuer

paul.lassay@vrm.de

Als die Wochenzeitung „Die Zeit“ sich vor kurzem mit den Mainzer Gewerbesteuereinnahmen beschäftigte, kam die Autorin in dem Artikel zu dem Schluss, dass der Teufel in der Welt der Kommunal финанzen „immer auf die reichste Stadt schießt“. Und nun ist es in gewisser Weise wieder passiert. Noch einmal rund 250 Millionen Euro mehr fließen in die Stadtkasse. Diese Steigerung allein wäre vor kurzer Zeit noch undenkbar gewesen – und jetzt kommt sie noch einmal oben drauf. Die immense Verantwortung, die für die handelnden Personen mit den großen Einnahmen einhergeht, wird dadurch noch einmal fett unterstrichen. Man wird irgendwann auf diese Jahre zurückschauen und die Frage stellen, ob die Chance genutzt wurde, um zukunftsweisende Investitionen zu tätigen und sicherzustellen, dass die Finanzkraft langfristig gesichert wird, oder ob sie vertan wurde. Bei der anstehenden Oberbürgermeisterwahl haben die Mainzer:innen zum ersten Mal seit Bekanntwerden des Reichtums die Möglichkeit, an der Wahlurne ihren Einfluss geltend zu machen. Sie können entscheiden, wem sie am ehesten zutrauen, an der Spitze der Stadt im Zusammenspiel mit dem Stadtrat und den übrigen Mitgliedern des Stadtvorstands die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und auch sie sollten sich deshalb ihrer Verantwortung bewusst sein.

BLAULICHT

Hilferufe: Messi löst Polizeieinsatz aus

MAINZ (mxs). Zwei Streifenwagen sind am Sonntagabend in die Altstadt ausgerückt, weil ihnen aus einer Wohnung in der Schönbornstraße Hilferufe gemeldet wurden. Wie die Polizei berichtet, bestätigte ein Anwohner den Beamten vor Ort, dass in besagter Wohnung eine Frau mehrfach um Hilfe gerufen habe. Als die Polizisten vor der Wohnungstür standen, vernahmen sie das Weinen einer Frau aus dem Wohnungsinnern. Auf das Klingeln, Klopfen und Rufen der Polizei reagierte jedoch niemand. Die Beamten gingen deshalb davon aus, dass sich die Frau in

einer hilflosen Lage befindet und entschlossen sich deshalb dazu, die Tür einzutreten. Bei diesem Versuch öffnete die Bewohnerin letztendlich die Tür. Vor den Polizisten stand eine 24-jährige Argentinierin, die zuvor sehr leidenschaftlich und emotional das Finale der Fußball-Weltmeisterschaft verfolgt hatte. Argentinien hatte in einem der spektakulärsten WM-Endspiele überhaupt im Elfmeterschießen gegen Frankreich gewonnen. Nach 120 Minuten hatte es 3:3 gestanden. Der Sieg ihrer Mannschaft führte bei der Frau zu diversen Gefühlsausbrüchen.

AUF EINEN BLICK

Bewerbung für „Kunst am Bau“

MAINZ (red). Die Landeshauptstadt Mainz lädt Künstler und Künstlergruppen aus Mainz und ganz Rheinland-Pfalz ein, sich für drei anstehende Kunst-am-Bau-Projekte zu bewerben. Ausgestaltet werden sollen folgende Neubauten: das Bürgerhaus Hechtsheim, die Kindertagesstätte „Am Bürgerhaus“ in Hechtsheim sowie in einem zusammengefassten Wettbewerb das Bürgerhaus

Finthen mit der Kindertagesstätte „Am Rodeneck-Platz“. Die Ausschreibungstexte, Bewerbungsunterlagen und weitere Infos zur Teilnahme sind online abrufbar, und zwar unter www.mainz.de/kunstambau. Bewerbungen können bis zum 13. Januar 2023 bei der Kulturarbeitung der Landeshauptstadt Mainz unter E-Mail kunstambau@stadt.mainz.de eingereicht werden.

MOGUNTINUS

Schnee ade

Nachdem Lionel Messi nun endlich trotz seiner kurzen, aber sehr dekorativen Beine Weltmeister geworden ist, können wir uns wieder vollumfänglich auf den Rest der Vorweihnachtszeit konzentrieren. Am Samstag steht ja schon das Christkind vor der Tür. Bei den Witterungsverhältnissen am Montag mit Blitzeis kann man von Glück reden, dass der Weihnachtsmann per Schlitten unterwegs ist und mit den vereisten Straßenverhältnissen ganz gut zurecht kommen dürfte, sofern die Rentiere nicht generell den Luftweg bevorzugen. Wer hätte denn gedacht, dass überhaupt noch mal Schnee fällt, so wie in den letzten Tagen? Wer noch ein bisschen davon vor der Tür liegen hat, sollte ihn unbedingt abkratzen und ins Tiefkühlfach legen. Am Weihnachten wird's schon wieder 12 Grad plus und es regnet durch. Da ist es schön, wenn man wenigstens weiße Weihnacht im Kühlschrank hat.

Mehr als 70 Unfälle durch Blitzeis

Auf den Straßen war es am Montag gefährlich glatt / Busse hatten Verspätung, die Müllabfuhr fiel aus

Von Carina Schmidt

MAINZ. Überraschend kam der Eisregen nicht. Seine Auswirkungen waren dennoch unerwartet heftig. Ab 4.30 Uhr legte sich eine spiegelglatte Eisschicht wie ein Teppich über Mainz. Laut Polizeisprecher Rinaldo Roberto gab es bis mittags im Stadtgebiet über 70 Verkehrsunfälle. Bei fünf seien Personen verletzt worden.

Oft hätten die Fahrer die Kontrolle über ihr Fahrzeug verloren und seien in Schilder, Pfosten, Ampeln oder parkende Autos gerutscht. Den Busen und Straßenbahnen machte das Wetter ebenfalls zu schaffen, was zu Verspätungen führte, wie Michael Theurer, Sprecher der Mainzer Mobilität, bestätigte. Wobei auch am Vormittag, als die Glätte besonders heftig war, nahezu alle geplanten 120 Busse und 35 Straßenbahnen im Einsatz waren. Komplette Ausfälle gab es in Mainz nur in Mombach. Ab 10 Uhr waren alle Strecken wieder befahrbar. Da in Wiesbaden der ÖPNV zwischen 3 und 6.30 Uhr sogar komplett ausgefallen war, wirkte sich dies auch in Mainz auf die Fahrgäste der Linien 6, 9, 28 und 33 aus.

Für die Rettungsfahrzeuge war die Wetterlage ebenfalls eine Herausforderung, sagte Philipp Köhler, Pressesprecher des DRK-Rettungsdienstes Rheinhausen-Nahe. Zusätzlich zu den hauptamtlichen Kräften waren auch Ehrenamtler im Einsatz. Neben gestürzten Personen musste aber auch der normale Alltag mit Patiententransporten und Notfallrettung bewältigt werden. Wichtig sei gewesen, trotzdem sicher zum Einsatzort zu gelangen, betonte Köhler. Gegen 12.30 Uhr pendelte sich – bis auf die Patiententransporte – der Normalbetrieb ein.

Wie Ralf Peterhan wahr aus der städtischen Pressestelle informierte, sei der Winterdienst des Entsorgungsbetriebes be-



Oben links: Eiskratzen war am Montagmorgen bei einer solch dicken Eisschicht auf der Windschutzscheibe eine echte Herausforderung. Oben rechts: Wer morgens mit dem Auto unterwegs war, hatte Mühe, beim Ausparken keinen Unfall zu bauen. Unten links: Manche Straßen waren für den Entsorgungsbetrieb schwer erreichbar, da auch Streufahrzeuge nur begrenzt bei Glätte manövrieren können. Unten rechts: Etliche Schülerinnen und Schüler dürften zu spät zum Unterricht gekommen sein.

Fotos: Sascha Kopp

reits ab Montagmorgen 2 Uhr mit 14 Fahrzeuge unterwegs gewesen. Hinzu kamen 13 Kolonnen mit 50 Personen, die das Streugut händisch auf die Straße aufbrachten. Die zentralen Straßen waren schon morgens frei. Schwierig seien vor allen Dingen die Nebenstraßen mit einem starken Gefälle gewesen, berichtete Peterhan wahr. Denn Streufahrzeuge ließen sich bei Glätte selbst nur begrenzt manövrieren. Auch die Rad- und Fußwege seien herausfordernd ge-

wesen. „Teilweise mussten sie mehrfach gestreut werden.“ Wegen der Straßenglätte fiel die Müllabfuhr am Montag komplett aus. Der Einsatz der großen Fahrzeuge und auch die Verletzungsgefahr für das Personal sei zu groß gewesen, informierte Peterhan wahr weiter. Außerdem hätten etliche Müllwerker bei den Kollegen der Straßenreinigung ausgeholfen. Peterhan wahr versicherte aber: „Die Wochenleistung der Müllabfuhr wird dann von Dienstag bis Freitag nach-

geholt.“ In einzelnen Kitas mussten am Montagmorgen Gruppen zusammengelegt werden, weil die Erzieherinnen und Erzieher nicht rechtzeitig zur Arbeit erscheinen konnten. Auch in den Schulen war Pünktlichkeit nur vereinzelt möglich. Stefan Moos, Schulleiter des Frauenlobgymnasiums, richtete per Mail an die Eltern die Botschaft: „Entscheiden Sie bitte, ob der Schulweg für Ihr Kind zumutbar ist oder nicht.“ So hielt es auch Thomas Feiten, Leiter der

Feldbergsschule. „Die Pausen wurden in den Klassenräumen und auf den Fluren verbracht“, erzählt er. Denn der Hausmeister habe nur die Zuwege freiräumen können. Auch der Weihnachtsmarkt startete offiziell erst um 13 Uhr. „Sicherheit geht vor“, sagte Marco Sottile, Sprecher der Weihnachtsmarktbeschicker. Bis dahin kümmerte sich der Entsorgungsbetrieb darum, das glatte Kopfsteinpflaster wieder begehbar zu machen.

Es regnet noch mehr Geld als erwartet

Bisher ging die Stadt von rund einer Milliarde Euro Gewerbesteuer für 2021 aus, doch nun werden die Zahlen nach oben korrigiert

Von Paul Lassay

MAINZ. Als der damalige Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) vor etwas mehr als einem Jahr zusammen mit Finanzdezernent Günter Beck (Grüne) zur Pressekonferenz lud, hatten die beiden Großes zu verkünden: Mainz werde aufgrund des Erfolgs von Biontech eine immense Steigerung der Gewerbesteuer erleben. Im Jahr 2021 sollte sie rund eine Milliarde Euro betragen. Eine unglaubliche Summe. Doch nun, rund ein Jahr später wird klar: Die Summe ist noch größer als damals angenommen – und zwar deutlich. Die Gewerbesteuereinnahmen seien nach oben korrigiert worden, berichtet Beck im Gespräch mit dieser Zeitung. Zu den ohnehin schon riesigen Einnahmen kämen noch einmal rund 250 Millionen Euro hinzu, sodass man letztlich rund 1,35 Milliarden Euro einnehme. Der Grund für die Erhöhung der Zahlen seien „Nachzahlungseffekte“, die es bei der Gewerbesteuer häufig gebe, sagt der Finanzdezernent. Die zusätzlichen Gelder wanderten nun in die Rücklagen der Stadt, damit man weiterhin Investitionen tätigen könne. Diese Rücklagen wurden vor der Korrektur der Zahlen im September zuletzt mit rund 715 Millionen Euro angegeben. Doch was passiert mit dem Geld?



Die Stadt Mainz darf sich auf noch mehr Geld freuen.

Archivfoto: Nass – stock.adobe; Montage: vrm

In der vergangenen Haushaltsdebatte wurden von den verschiedenen Seiten unterschiedliche Vorschläge zu dieser Frage gemacht. Diese reichten von deutlich höheren Ausgaben in den kommenden Jahren für Vorhaben wie ein 9-Euro-Ticket oder Grundstückskäufe bis hin zur Anlage eines gewissen Anteils der Gelder in einem Fonds. Es sei nicht so einfach, wie sich das manche vorstellten, antwortete Beck damals im Kurfürstlichen Schloss auf die Reden der Opposition. Zum einen sei es nicht möglich, pauschal Beträge in den Haushalt zu schreiben, wie es die Fraktion der Linken etwa gerne für die Grundstückskäufe getan hätte. Wäre es nach den Linken gegangen, wären im Doppelhaushalt 100 Millionen Euro für

Grundstückskäufe festgeschrieben worden. Dies sei aber nicht möglich, sagt Beck im Gespräch mit dieser Zeitung. Hierzu müsse es eine konkrete Grundlage geben, also spezifische Grundstücke genannt werden, die man als Stadt erwerben wolle. Was hingegen möglich ist, ist die frühzeitige Aufnahme von anstehenden Projekten in den Haushalt, wie etwa der Abriss der Hochbrücke, damit sie spätere Haushalte nicht oder weniger belasten. Eine weitere Einschränkung der Möglichkeiten, was mit den Rücklagen getan werden kann, stellt die Anlagerichtlinie dar, die der Stadtrat nach der Verkündung des neuen Reichtums Ende 2021 beschlossen hat. Darin heißt es zunächst, dass die „Finanzanlagen nachhaltig zu investieren sind“. Sie

dürfen also nicht in Bereichen investiert werden, die „ökologisch, sozial oder ethisch bedenklich sind“, weshalb unter anderem Beteiligungen an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, Militärraffen herstellen, Atomenergie erzeugen oder Fracking betreiben, ausgeschlossen sind. Investitionen in festverzinsliche Anleihen sind der Richtlinie zufolge möglich, wenn die Anleihen beim Erwerb von den Ratingagenturen S&P oder Fitch mindestens mit „BBB“ bewertet werden. Sinkt ihr Rating unter diese Marke, ohne dass eine kurzfristige Besserung zu erwarten ist, dann ist das Investment „in einem Zeitraum von 90 Tagen zu veräußern“, schreibt das Regelwerk vor. Aktiendirektanlagen hingegen sind „grundsätzlich ausgeschlossen“. Hier soll

eine Anlage über Investmentfonds oder Vermögensverwaltungsmandate erfolgen, wobei die maximale Aktienquote 30 Prozent beträgt. In Immobilienfonds dürfen ebenfalls bis zu 30 Prozent der anzulegenden Gelder fließen, während Anlagen in Form von Versicherungsprodukten mit bis zu 100 Prozent der Gelder möglich sind, wenn die Produkte abgesichert sind. Das gleiche gilt für Anlagen als Tages- oder Festgelder sowie Sparanlagen, wenn diese durch Einlagensicherungssysteme abgesichert sind. In dieser letzten Form seien die Gelder aktuell größtenteils angelegt, erläutert Beck. Ein Anlagenmanager sei damit beschäftigt, die Zinsentwicklung auf dem Markt zu beobachten. Aufgrund der Dynamik sei es momentan nicht geboten, sich zu langfristig festzulegen, da die Zinsen stiegen. Entscheiden über die Anlagen kann die Finanzverwaltung gemäß der Anlagerichtlinie ohne Rücksprache mit den Gremien. Diese werden nur „mindestens einmal pro Jahr“ über die getroffenen Anlageentscheidungen informiert. Zudem können die Entscheidungen auf Basis der Richtlinie auch an externe Verwalter delegiert werden, wobei auf eine Aufteilung der Gelder auf mehrere Vermögensverwalter zu achten ist.

► KOMMENTAR